

An den Herrn Präsidenten und die Mitglieder des Gerichtshofs

**SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH**

gemäß Artikel 23 des Protokolls über die Satzung  
des Gerichtshofs der Europäischen

Zapsáno do rejstříku podání  
Soudního dvora pod číslem 442 159  
V Lucemburku dne

14 -08- 2013

Fax / E-mail 02/08/13  
Podáno dne : 07/08/13

Vedoucí kanceláře  
soudního dvora v.z.  
Miroslav Aleksejev  
Rada

in der

**RECHTSSACHE C-212/13**

Zu dem vom Nejvyšší správní soud (Tschechische Republik) mit Entscheidung vom 20. März 2013 vorgelegten Vorabentscheidungsersuchen nimmt die Republik Österreich wie folgt Stellung:

**I. Vorlagefrage**

- (1) Das Nejvyšší správní soud hat dem Gerichtshof folgende Frage zur Auslegung des Unionsrechts im Wege der Vorabentscheidung vorgelegt:

*Kann der Betrieb eines Kamerasystems, das an einem Einfamilienhaus zum Zweck des Schutzes des Eigentums, der Gesundheit und des Lebens der Besitzer des Hauses angebracht ist, unter die Verarbeitung personenbezogener Daten, „die von einer natürlichen Person zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten vorgenommen wird“, im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 281, S. 31) gefasst werden, obschon dieses System auch den öffentlichen Raum überwacht?*

**II. Rechtliche Würdigung**

- (2) Art. 3 der Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (im Folgenden: Datenschutzrichtlinie) hat folgenden Wortlaut:

*„Artikel 3 – Anwendungsbereich*

*(1) Diese Richtlinie gilt für die ganz oder teilweise automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten sowie für die nicht automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten, die in einer Datei gespeichert sind oder gespeichert werden sollen.*

*(2) Diese Richtlinie findet keine Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten,*

- o die für die Ausübung von Tätigkeiten erfolgt, die nicht in den Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts fallen, beispielsweise Tätigkeiten gemäß den Titeln V und VI des Vertrags über die Europäische Union, und auf keinen Fall auf Verarbeitungen betreffend die öffentliche Sicherheit, die Landesverteidigung, die Sicherheit des Staates (einschließlich seines wirtschaftlichen Wohls, wenn die Verarbeitung die Sicherheit des Staates berührt) und die Tätigkeiten des Staates im strafrechtlichen Bereich;*
- o die von einer natürlichen Person zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten vorgenommen wird.“*

*(3) Zu der im vorliegenden Verfahren strittigen Ausnahme nach Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich der Datenschutzrichtlinie führt deren zwölfter Erwägungsgrund Folgendes aus:*

*„[...] Auszunehmen ist die Datenverarbeitung, die von einer natürlichen Person in Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten – wie zum Beispiel Schriftverkehr oder Führung von Anschriftenverzeichnissen – vorgenommen wird.“*

**1. Zur Frage, ob Art. 3 Abs. 2 der Datenschutzrichtlinie den Mitgliedstaaten einen Spielraum einräumt**

*(4) Das vorliegende Gericht nimmt in Rz. 12 des Vorlageersuchens auf jene Rechtsprechung Bezug, nach der die Datenschutzrichtlinie „den Mitgliedstaaten einen gewissen Handlungsspielraum einräumt und sie ermächtigt, besondere Regelungen einzuführen, sofern von ihnen ‚in der in der Richtlinie 95/46/[EG] vorgesehenen Art und Weise und im Einklang mit ihrem Ziel Gebrauch gemacht [wird], ein Gleichgewicht zwischen dem freien Verkehr personenbezogener Daten und dem Schutz der Privatsphäre zu wahren“.* Dabei zitiert das vorliegende Gericht Rz. 97 des Urteils vom 6. November 2003, C-101/01, *Lindqvist*, Slg. I-12971, und

weist darauf hin, dass der Gerichtshof auch im Urteil vom 16. September 2008, C-73/07, *Satamedia*, Slg. I-9831, zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt sei.

- (5) Die Republik Österreich hält es angesichts dessen für sinnvoll, sich vor einer Auseinandersetzung mit dem näheren Inhalt der Ausnahmeregelung des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich der Datenschutzrichtlinie zunächst mit der Frage zu befassen, ob den Mitgliedstaaten durch diese Regelung ein Ermessensspielraum eingeräumt wurde.
- (6) Die in der Rechtsprechung zur Datenschutzrichtlinie vorzufindenden Aussagen des Gerichtshofs zum Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten bezogen sich nicht auf Art. 3 der Richtlinie und lassen sich auf die Auslegung von Art. 3 der Richtlinie im Übrigen auch nicht übertragen. Die erwähnten Aussagen zu einem Handlungsspielraum mögen auf die einzelnen inhaltlichen Regelungen der Datenschutzrichtlinie zutreffen, insbesondere auf jene Bestimmungen der Richtlinie, die es den Mitgliedstaaten ausdrücklich (oder stillschweigend) überlassen, in ihrem jeweiligen nationalen Recht näher ausführende Regelungen zu erlassen (so beispielsweise die Art. 8 Abs. 2 lit. b, Art. 8 Abs. 4, Art. 9, Art. 10 lit. c, Art. 13, Art. 18 Abs. 2 bis 5, Art. 19, Art. 20). Keinen solchen Handlungsspielraum räumt die Richtlinie jedoch hinsichtlich der Definition ihres Anwendungsbereichs ein. Ein solcher Handlungsspielraum mit Blick auf die Definition des Anwendungsbereichs der Datenschutzrichtlinie ergibt sich auch nicht aus der vom vorlegenden Gericht zitierten Rechtsprechung. Der Gerichtshof erkannte darin zwar an, dass die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Datenschutzrichtlinie „in vielerlei Hinsicht über einen Handlungsspielraum verfügen“ (Urteil vom 6. November 2003, C-101/01, *Lindqvist*, Slg. I-12971, Rz. 84), so beispielsweise für das in Art. 9 der Datenschutzrichtlinie verankerte Privileg zugunsten bestimmter Ausübungsformen der Meinungsäußerungsfreiheit (vgl. dazu das Urteil vom 16. September 2008, C-73/07, *Satamedia*, Slg. I-9831, Rz. 55); konkret bezogen sich diese Aussagen jedoch gerade nicht auf die in Art. 3 enthaltene Regelung des Anwendungsbereichs der Datenschutzrichtlinie (zur Auslegung des Art. 3 vgl. demgegenüber die Ausführungen in den Rz. 39 bis 49 des Urteils vom 16. September 2008, C-73/07, *Satamedia* Slg. I-9831).
- (7) Nach Auffassung der Republik Österreich kommt den Mitgliedstaaten kein Ermessensspielraum in der Frage zu, ob ein bestimmter Sachverhalt (bestimmte Sach-

verhaltenskategorien) als solche(r) gemäß Art. 3 der Datenschutzrichtlinie von deren Anwendungsbereich umfasst oder davon ausgenommen ist.

## **2. Zur Anwendbarkeit des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich der Datenschutzrichtlinie auf Videoüberwachungsanlagen wie jene des Ausgangsverfahrens**

### **2.1. Allgemeine Überlegungen**

- (8) Unter Berufung auf die Entstehungsgeschichte des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich der Datenschutzrichtlinie wird im Schrifttum eine enge Auslegung der Ausnahme vom Anwendungsbereich vertreten. Dies wird damit begründet, dass die Kommission in einem ersten Entwurf ihres Richtlinienvorschlags noch großzügigere Ausnahmen vorsah, dann in ihrem letztlich verabschiedeten Vorschlag aber hervorgehoben habe, dass sie bewusst davon abgesehen habe, weitere Durchbrechungen des Anwendungsbereichs vorzusehen und dass sie zur Begründung ausgeführt habe: *„Die Rechte der Bürger sind nicht mehr garantiert, wenn reihenweise verschiedene Organisationen von jeder Verpflichtung ausgenommen würden: Es ist zwar berechtigt, das für bestimmte Verarbeitungen personenbezogener Daten vorgesehene System zu erleichtern [...]; eine Globalbefreiung ist hingegen nicht erforderlich“* (vgl. *Ehmann/Helfrich*, Kurzkommentar zur Datenschutzrichtlinie, Art. 3, Rz. 28, mit Hinweis auf den geänderten Vorschlag der Kommission, ABI. Nr. C 311 vom 27. November 1992, S. 13).
- (9) Für eine enge Auslegung der Ausnahmebestimmung spricht auch das Ziel der Datenschutzrichtlinie, nämlich der „Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten und insbesondere [der] Schutz der Privatsphäre natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten“ (Art. 1 Abs. 1 der Datenschutzrichtlinie).
- (10) Es sind auch sonst keine Gesichtspunkte ersichtlich, die es als geboten erscheinen ließen, die Ausnahme vom Anwendungsbereich der Richtlinie extensiv zu interpretieren. Gerade der Umstand, dass die Richtlinie den Mitgliedstaaten bei der Umsetzung in Fragen der Ausgestaltung der einzelnen inhaltlichen Prinzipien der Richtlinie in vielerlei Hinsicht Ermessens- bzw. Handlungsspielräume einräumt, spricht dafür, dass der Unionsgesetzgeber mit der Richtlinie ein flexibles Regelwerk bewusst im Hinblick darauf schaffen wollte, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie ein weiter ist. In diesem Sinne hat der Gerichtshof ausgeführt, dass *„die [Be-*

*stimmungen der] Richtlinie 95/46 [...] notwendig verhältnismäßig allgemein gehalten [sind], da sie auf viele ganz unterschiedliche Situationen Anwendung finden soll". Er hat weiters ausgeführt: „Zu Recht enthält diese Richtlinie daher [...] Vorschriften, die durch eine gewisse Flexibilität gekennzeichnet sind, und überlässt es in vielen Fällen den Mitgliedstaaten, die Einzelheiten zu regeln oder zwischen Optionen zu wählen“ (Urteil vom 6. November 2003, C-101/01, *Lindqvist*, Slg. I-12971, Rz. 83; vgl. auch Urteil vom 7. Mai 2009, C-553/07, *Rijkeboer*, Slg. I-3889, Rz. 56; Urteil vom 24. November 2011, C-468/10 und C-469/10, *ASNEF* [noch nicht in Slg.], Rz. 35; Hervorhebungen nicht im Original).*

- (11) Für Fälle, in denen die Mitgliedstaaten berücksichtigen wollen, dass bestimmte Kategorien von Videoüberwachungen, etwa angesichts der relativen Geringfügigkeit der davon ausgehenden Gefährdungen, unter erleichterten Bedingungen zulässig sein sollten und/oder von der Meldepflicht nach Art. 18 der Datenschutzrichtlinie befreit sein sollten, bieten die bereits erwähnten Handlungsspielräume der einzelnen Regelungen der Datenschutzrichtlinie die Möglichkeit, dafür im innerstaatlichen Recht angemessene Regelungen zu treffen. Dies gilt insbesondere für die Regelungen, die im Ausgangsverfahren strittig sind: Sowohl in Bezug auf die Meldepflicht (Art. 18 Abs. 1) als auch in Bezug auf die Zulässigkeitsvoraussetzungen (Art. 7) und die Informationspflichten (Art. 10, 11) begründet die Datenschutzrichtlinie eine Verpflichtung zur Umsetzung von Grundsätzen, die jedoch im innerstaatlichen Recht mit Blick auf die höchst unterschiedlichen Kategorien von Datenanwendungen, die mannigfaltigen Arten ihres Einsatzes und die unterschiedliche Qualität der davon ausgehenden Gefährdungen für die Privatsphäre der Betroffenen, unter Abwägung aller involvierten Interessen in jeweils differenzierender und angepasster Weise umgesetzt werden dürfen. Mit Blick auf das Ausgangsverfahren ist nach Auffassung der Republik Österreich im Übrigen darauf hinzuweisen, dass die (im Ausgangsverfahren in Betracht gezogene) „Zustimmung der betroffenen Person“ (Art. 7 lit. a der Datenschutzrichtlinie) keineswegs den einzig denkbaren Tatbestand zur Begründung der Zulässigkeit einer Datenverarbeitung bildet und dass es durchaus naheliegend erscheint, für private, zum Schutz eines Wohnhauses betriebene Videoüberwachungsanlagen, Ausführungsregelungen auch auf den Tatbestand des Art. 7 lit. f der Datenschutzrichtlinie („zur Verwirklichung des berechtigten Interesses, das von dem für die Verarbeitung Verant-

wortlichen [...] wahrgenommen wird“) zu stützen bzw. innerstaatlich in Anspruch zu nehmen.

- (12) Angesichts des Vorgesagten sind daher etwaige Argumente stark relativiert, die gegebenenfalls ins Treffen geführt werden könnten, um unter dem Gesichtspunkt der geringen Gefährdung für die Privatsphäre oder dem Gesichtspunkt des hohen Aufwands oder des besonderen Bezugs zum Privat- und Familienleben die Auffassung zu stützen, dass der Anwendungsbereich der Richtlinie möglichst eng zu ziehen wäre.
- (13) Als Zwischenergebnis ist nach Auffassung der Republik Österreich festzuhalten, dass die Datenschutzrichtlinie einen weiten Anwendungsbereich hat und dass die Ausnahmebestimmung des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich eng auszulegen ist.

## ***2.2. Besondere Aspekte der Auslegung des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich der Datenschutzrichtlinie***

- (14) Die Republik Österreich ist der Auffassung, dass es zur Auslegung der Reichweite der Ausnahme des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich der Datenschutzrichtlinie nicht ausreichend ist, lediglich auf die Zielsetzung der jeweiligen (Kategorie von) Verarbeitungen abzustellen. Es genügt demnach zur Anwendbarkeit der Ausnahme nicht, dass feststeht, dass eine Datenverarbeitung (etwa eine Videoüberwachung) von einer Privatperson für Zwecke betrieben wird, die in ihrer persönlichen Sphäre liegen. Maßgeblich ist vielmehr auch das Ausmaß der Auswirkungen der Verarbeitung auf Außenstehende. Der Fall etwa, dass eine Privatperson Videoüberwachungen betreibt, weil es zu ihren Hobbies gehört, fremde Personen per Video zu überwachen (rein privater Zweck), liegt nicht schon allein wegen dieser Zweckbestimmung außerhalb des Anwendungsbereichs der Richtlinie. Es muss für die Heranziehung der „Haushaltsausnahme“ neben dem Zweck noch ein weiteres Element relevant sein, nämlich der Umstand, dass sich diese Datenverarbeitungstätigkeit strikt innerhalb der persönlichen Sphäre der Privatperson abspielt. Diese Sphäre wird verlassen, wenn die Datenverarbeitungstätigkeit unmittelbar mit einem sozialen Kontakt nach außen in Verbindung steht. Dieser bei der Abgrenzung der Ausnahme relevante Aspekt dürfte auch in den Ausführungen von Generalanwalt Tizzano in seinen Schlussanträgen vom 19. September 2002 zur Rechtssache C-101/01, *Lindqvist*, von Bedeutung gewesen sein. Zur Begründung, dass die Tä-

tigkeit von Frau *Lindqvist* über ihre rein persönliche Sphäre hinausreichte, verwies Generalanwalt *Tizzano* in der Rz. 34 seiner Schlussanträge auf den Charakter der Tätigkeiten, in deren Rahmen Frau *Lindqvist* die Datenverarbeitung betrieben hat. Er unterstrich, dass diese Tätigkeiten „stark sozial geprägt“ waren. Darin kommt zum Ausdruck, dass es von Bedeutung ist, ob die Datenverwendung im Konnex zu einer sozialen Interaktion mit anderen steht, oder ob sie (ausschließlich) im Konnex zu rein persönlichen Angelegenheiten steht.

- (15) Im Fall der Videoüberwachung eines Privathauses, die der Abwehr unbefugter Personen, also der „Selbstverteidigung“ gegen fremde Personen dient, kann bereits mit Blick auf den Verarbeitungszweck daran gezweifelt werden, ob die Verarbeitung ausschließlich in die private Sphäre fällt. Denn Ziel und Zweck der Anwendung berühren in solchen Fällen nicht ausschließlich die Privatsphäre, sondern betreffen einen Aspekt der Teilhabe am Zusammenleben in der Gesellschaft: Die Verarbeitung wird in vielen Fällen dazu dienen, letztlich gegen die in das Grundstück unberechtigterweise eindringenden Personen eine Anzeige an die zuständigen Behörden zu erstatten oder über deren Handeln Beweise zu sammeln, die in ein allfälliges Behörden- oder Gerichtsverfahren einfließen könnten. Die Datenverarbeitung dient somit Handlungen im Rahmen sozialer Interaktionen des Grundstückseigentümers, somit einem Zweck, der über die rein private Sphäre hinaus geht.
- (16) Neben dem Zweck der Verarbeitung kann aber auch das zweite Element, nämlich das Ausmaß der Auswirkungen der Datenverarbeitung auf die Rechte betroffener Personen gegen die Subsumtion unter die Ausnahmebestimmung sprechen: Eine Videoüberwachungsanlage, die dem Schutz eines Privathauses dient, erfasst jedenfalls dann (auch) unbeteiligte Dritte, wenn sie auf die Straße gerichtet ist. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Privatsphäre nichts ahnender Passanten kann nicht als vernachlässigbar angesehen werden. In ihrem Ausmaß geht die damit verbundene Beeinträchtigung der Rechte Betroffener jedenfalls wesentlich über das Ausmaß hinaus, das mit Verarbeitungskategorien verbunden wäre, wie sie im einschlägigen zwölften Erwägungsgrund der Datenschutzrichtlinie („*Schriftverkehr oder Führung von Anschriftenverzeichnissen*“) als Anwendungsbeispiele des Art. 3 Abs. 2 zweiter Teilstrich genannt werden.

- (17) Eine natürliche Person, die technische Instrumente nutzt, die sich auf das Verhalten anderer Personen beziehen, die sich außerhalb der persönlichen Sphäre dieser natürlichen Person ereignen (etwa Passanten vor einem Haus), verlässt durch diese Nutzung den rein persönlichen Konnex und betritt damit den Bereich der sozialen Interaktion mit Außenstehenden.
- (18) Aus dem Vorgesagten folgt, dass der Betrieb eines Kamerasystems, das an einem Einfamilienhaus zum Zweck des Schutzes des Eigentums, der Gesundheit und des Lebens der Besitzer des Hauses angebracht ist, zumal wenn dieses System auch den öffentlichen Raum überwacht, nicht unter die Verarbeitung personenbezogener Daten, „die von einer natürlichen Person zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten vorgenommen wird“, im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Datenschutzrichtlinie fällt.

### III. Vorschlag zur Beantwortung der Vorlagefrage

- (19) Die Republik Österreich schlägt daher folgende Antwort auf die Vorlagefrage des Nejvyšší správní soud vor:

*Der Betrieb eines Kamerasystems, das an einem Einfamilienhaus zum Zweck des Schutzes des Eigentums, der Gesundheit und des Lebens der Besitzer des Hauses angebracht ist und auch den öffentlichen Raum überwacht, fällt nicht unter die Verarbeitung personenbezogener Daten, „die von einer natürlichen Person zur Ausübung ausschließlich persönlicher oder familiärer Tätigkeiten vorgenommen wird“, im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Datenschutzrichtlinie.*

Wien, am 2. August 2013  
Für die Republik Österreich:



Dr. Albert Posch



## Vyjádření Rakouské republiky

Věc C-212/13\*

**Písemnost předložená:**

Rakouskou republikou

**Název věci:**

RYNEŠ

**Datum doručení:**

2. srpna 2013

---

Předsedovi a členům Soudního dvora

## PÍSEMNÉ VYJÁDŘENÍ RAKOUSKÉ REPUBLIKY

podle článku 23 protokolu o statutu Soudního dvora Evropské unie

VE VĚCI C-212/13

Rakouská republika předkládá k žádosti o rozhodnutí o předběžné otázce podané rozhodnutím Nejvyššího správního soudu (Česká republika) ze dne 20. března 2013 následující vyjádření:

## I. Předběžná otázka

- 1 Nejvyšší správní soud předložil Soudnímu dvoru v souvislosti s výkladem unijního práva následující předběžnou otázku:

Lze provozování kamerového systému umístěného na rodinném domě za účelem ochrany majetku, zdraví a života majitelů domu podřadit pod zpracování osobních údajů „prováděné fyzickou osobou pro výkon výlučně osobních či domácích činností“ ve smyslu čl. 3 odst. 2 směrnice 95/46/ES (Úř. věst. L 281, s. 31; Zvl. vydání 13/015, s. 355), třebaže takovýto systém zabírá též veřejné prostranství?

The logo consists of the letters 'CS' in a bold, serif font, enclosed within a square border.

\* Jednací jazyk: čeština.

## II. Právní posouzení

- 2 Článek 3 směrnice Evropského parlamentu a Rady 95/46/ES ze dne 24. října 1995 o ochraně fyzických osob v souvislosti se zpracováním osobních údajů a o volném pohybu těchto údajů (dále jen „směrnice 95/46“) zní:

„Článek 3 – Oblast působnosti

1. Tato směrnice se vztahuje na zcela nebo částečně automatizované zpracování osobních údajů, jakož i na neautomatizované zpracování osobních údajů, které jsou obsaženy v rejstříku nebo do něj mají být zařazeny.

2. Tato směrnice se nevztahuje na zpracování osobních údajů:

– prováděné pro výkon činností, které nespádají do oblasti působnosti práva Společenství a jsou uvedeny [které nespádají do oblasti působnosti práva Společenství, jako jsou činnosti uvedené] v hlavě V a VI Smlouvy o Evropské unii, a v každém případě na zpracování, které se týká veřejné bezpečnosti, obrany, bezpečnosti státu (včetně hospodářské stability státu, pokud jsou tato zpracování spojená s otázkami bezpečnosti státu) a činnosti státu v oblasti trestního práva,

– prováděné fyzickou osobou pro výkon výlučně osobních či domácích činností.“

- 3 K výjimce uvedené v čl. 3 odst. 2 druhé odrážce směrnice 95/46, která je v tomto řízení předmětem sporu, uvádí její dvanáctý bod odůvodnění:

„[...] je třeba vyloučit zpracování údajů fyzickou osobou při výkonu činností, které mají výlučně osobní povahu, jako je korespondence nebo vedení adresáře;“

*1. K otázce, zda čl. 3 odst. 2 směrnice 95/46 ponechává členským státům určitý rozhodovací prostor*

- 4 Předkládající soud poukazuje v bodě 12 žádosti o rozhodnutí o předběžné otázce na judikaturu, podle níž směrnice 95/46 „členským státům přiznává určitý rozhodovací prostor a umožňuje jim zavést zvláštní režimy v případě, že budou „využívány způsobem stanoveným směrnicí 95/46/[ES] a v souladu s jejím cílem, kterým je zachování rovnováhy mezi volným pohybem osobních údajů a ochranou soukromého života“ Předkládající soud přitom cituje bod 97 rozsudku ze dne 6. listopadu 2003, C-101/01, *Lindqvist*, Recueil, s. I-12971, a poukazuje na to, že Soudní dvůr dospěl k obdobným právním závěrům i v rozsudku ze dne 16. září 2008, C-73/07, *Satamedia*, Sb. rozh. s. I-9831.

- 5 Vzhledem k tomu považuje Rakouská republika za smysluplné, aby ještě před podrobnou analýzou obsahu ustanovení o výjimce uvedeného v čl. 3 odst. 2 druhé odrážce směrnice 95/46 bylo pojednáno o otázce, zda členským státům byl touto právní úpravou poskytnut určitý prostor pro uvážení.

- 6 Úvahy Soudního dvora, které je možné v souvislosti s rozhodovacím prostorem členských států v judikatuře týkající se směrnice 95/46 nalézt, se netýkaly článku 3 směrnice a nejsou kromě toho na výklad článku 3 směrnice přenositelné. Uvedené úvahy týkající se rozhodovacího prostoru snad mohou platit pro jednotlivá obsahová pravidla směrnice 95/46, zejména pro ustanovení směrnice, která výslovně (nebo mlčky) ponechávají na členských státech, aby ve svém příslušném vnitrostátním právu vydaly podrobnější pravidla (například čl. 8 odst. 2 písm. b), čl. 8 odst. 4, článek 9, čl. 10 písm. c), článek 13, čl. 18 odst. 2 až 5, článek 19, článek 20). Pokud však jde o vymezení její oblasti působnosti, směrnice žádný takovýto rozhodovací prostor neposkytuje. Rozhodovací prostor, pokud jde o definici oblasti působnosti směrnice 95/46, nevyplývá ani z judikatury citované předkládajícím soudem. Soudní dvůr v ní sice uznal, že členské státy při provádění směrnice 95/46 „v mnoha ohledech disponují určitým rozhodovacím prostorem“ (rozsudek ze dne 6. listopadu 2003, C-101/01, *Lindqvist*, Recueil, s. I-12971, bod 84), například pokud jde o výjimku ve prospěch určitých forem výkonu svobody projevu, která je zakotvena v článku 9 směrnice 95/46 (v této souvislosti viz rozsudek ze dne 16. září 2008, C-73/07, *Satamedia*, Sb. rozh. s. I-9831, bod 55); konkrétně na úpravu oblasti působnosti směrnice 95/46 uvedenou v článku 3 se tyto úvahy právě nevztahovaly (k výkladu článku 3 viz naopak závěry uvedené v bodech 39 až 49 rozsudku ze dne 16. září 2008, C-73/07, *Satamedia*, Sb. rozh. s. I-9831).
- 7 Podle názoru Rakouské republiky členské státy nemají žádný prostor pro uvážení, pokud jde o otázku, zda určitá situace či určité kategorie situací jako takové podle článku 3 směrnice 95/46 spadají či nespadají do oblasti její působnosti.
- 2. K použitelnosti čl. 3 odst. 2 druhé odrážky směrnice 95/46 na kamerové systémy, o jaké se jedná ve věci v původním řízení*
- 2.1. Obecné úvahy
- 8 S odkazem na historii vzniku čl. 3 odst. 2 druhé odrážky směrnice 95/46 je v literatuře zastáván úzký výklad této výjimky z oblasti působnosti. Ten je odůvodňován tím, že Komise ve svém prvním návrhu směrnice stanovila ještě širší výjimky, ve svém konečném návrhu však později zdůraznila, že vědomě upustila od stanovení dalších výjimek z oblasti působnosti, což odůvodnila takto: „Práva občanů by již nebyla zaručena, pokud by velký počet různých organizací byl vyňat z jakékoli povinnosti: je sice legitimní, aby byl systém stanovený pro určitá zpracování osobních údajů usnadněn [...]; obecné osvobození naproti tomu nezbytné není“ (viz *Ehmann/Helfrich*, Kurzkomentar zur Datenschutzrichtlinie, článek 3, bod 28, s odkazem na pozměněný návrh Komise, Úř. věst. C 311, 27. 11. 1992, s. 13).
- 9 Pro úzký výklad této výjimky hovoří i účel směrnice 95/46, totiž „ochran[a] základních práv a svobod fyzických osob, zejména jejich soukromí, v souvislosti se zpracováním osobních údajů“ (čl. 1 odst. 1 směrnice 95/46).

- 10 Nejsou zjevná ani žádná další hlediska, na základě nichž by se jako nutné jevílo vykládat výjimku z oblasti působnosti směrnice široce. Právě okolnost, že směrnice členskými státy při provádění, pokud jde o otázky úpravy jednotlivých obsahových zásad směrnice, ponechává v mnoha ohledech prostor pro uvážení a rozhodovací prostor, nasvědčuje tomu, že unijní zákonodárce chtěl s ohledem na skutečnost, že oblast působnosti této směrnice je široká, vědomě vytvářet pružnou právní úpravu. Soudní dvůr v tomto smyslu uvedl, že „ustanovení [směrnice 95/46] jsou nutně poměrně obecná vzhledem k tomu, že se musí uplatňovat na značný počet velmi rozličných situací“. Dále uvedl: „[...] je tedy správné, že tato směrnice obsahuje pravidla vyznačující se jistou pružností a že v mnoha případech ponechává na členských státech, aby upravily podrobnosti nebo si vybraly z daných možností“ (rozsudek ze dne 6. listopadu 2003, C-101/01, *Lindqvist*, Recueil, s. I-12971, bod 83; viz také rozsudek ze dne 7. května 2009, C-553/07, *Rijkeboer*, Sb. rozh. s. I-3889, bod 56; rozsudek ze dne 24. listopadu 2011, C-468/10 a C-469/10, *ASNEF* [dosud nezveřejněný ve Sbírce rozhodnutí], bod 35; v originále bez kurzivy).
- 11 Pro případy, v nichž členské státy chtějí zohlednit, že určité kategorie kamerového dohledu mají být například vzhledem k relativně malému ohrožení, které z nich vychází, přípustné za zjednodušených podmínek nebo osvobozeny od oznamovací povinnosti podle článku 18 směrnice 95/46, nabízí již zmíněné rozhodovací prostory jednotlivých pravidel směrnice 95/46 možnost přijmout za tímto účelem ve vnitrostátním právu odpovídající pravidla. To platí zejména pro pravidla, která jsou ve věci v původním řízení sporná: jak pokud jde o oznamovací povinnost (čl. 18 odst. 1), tak i pokud jde o podmínky přípustnosti (článek 7) a informační povinnosti (články 10 a 11), zakládá směrnice 95/46 povinnost provést zásady, které však ve vnitrostátním právu mohou být – s ohledem na velmi rozdílné kategorie využití údajů, rozličné druhy jejich uplatnění a různou kvalitu ohrožení soukromé sféry dotčených osob, které z toho vychází – po zvážení všech dotčených zájmů provedeny vždy diferencovaně a přiměřeným způsobem. Pokud jde o původní řízení, je podle názoru Rakouské republiky kromě toho nutné poukázat na to, že „souhlas subjektu údajů“ (zvažovaný v původním řízení) (čl. 7 písm. a) směrnice 95/46) v žádném případě nepředstavuje jedinou v úvahu přicházející skutkovou podstatu odůvodňující přípustnost zpracování údajů, a že se jako zcela pochopitelné jeví opírat prováděcí pravidla pro soukromé kamerové systémy provozované za účelem ochrany bytového domu i o skutkovou podstatu čl. 7 písm. f) směrnice 95/46 („pro uskutečnění oprávněných zájmů správce“) resp. se na ni vnitrostátně odvolávat.
- 12 Vzhledem k výše uvedenému proto dochází k silné relativizaci možných argumentů, jež by popřípadě mohly úspěšně podporovat názor, že vzhledem k nízkému ohrožení soukromé sféry nebo s ohledem na vysoké náklady nebo zvláštní vztah k soukromému a rodinnému životu je nutné oblast působnosti směrnice vymežit pokud možno úzce.

- 13 Jako dílčí závěr je podle názoru Rakouské republiky nutné konstatovat, že směrnice 95/46 má širokou oblast působnosti a že výjimku uvedenou v čl. 3 odst. 2 druhé odrážce je nutné vykládat restriktivně.

#### 2.2. Zvláštní aspekty výkladu čl. 3 odst. 2 druhé odrážky směrnice 95/46

- 14 Rakouská republika zastává názor, že pro účely výkladu rozsahu výjimky uvedené v čl. 3 odst. 2 druhé odrážce směrnice 95/46 není dostatečné vycházet pouze z účelu příslušné (kategorie) zpracování. Pro použitelnost výjimky tedy nestačí, že zpracování údajů (například dohled pomocí videokamer) je prováděno soukromou osobou k účelům, které spadají do její osobní sféry. Rozhodující je naopak také rozsah dopadů zpracování na třetí osoby. Například situace, kdy soukromá osoba provozuje kamerový systém, protože mezi její koníčky patří sledovat cizí osoby prostřednictvím videa (čistě soukromý účel), nespadá již jen vzhledem k tomuto účelu mimo oblast působnosti směrnice. Pro použití „domácí výjimky“ musí být kromě účelu relevantní i další prvek, totiž okolnost, že se tato činnost zpracování údajů odehrává striktně v rámci osobní sféry této soukromé osoby. K opuštění této sféry dochází tehdy, je-li činnost zpracování údajů bezprostředně spojena s vnějším sociálním kontaktem. Tento aspekt, jenž je relevantní při vymezení uvedené výjimky, byl zřejmě důležitý i v rámci argumentace generálního advokáta *Tizzana* v jeho stanovisku ze dne 19. září 2002 ve věci C-101/01, *Lindqvist*. K odůvodnění, že činnost paní *Lindqvist* sahala nad rámec její čistě osobní sféry, poukázal generální advokát *Tizzano* v bodě 34 svého stanoviska na povahu činností, v jejichž rámci paní *Lindqvist* zpracování údajů provozovala. Zdůraznil, že tyto činnosti byly „velmi sociálního ražení“. V tom je vyjádřeno, že je podstatné, zda má zpracování údajů spojitost se sociální interakcí s ostatními, nebo zda má (výlučně) spojitost s čistě osobními záležitostmi.
- 15 V případě střežení soukromého domu pomocí videokamer, které slouží obraně před neoprávněnými osobami, tedy „sebeobraně“ proti cizím osobám, lze již s ohledem na účel zpracování pochybovat o tom, zda zpracování spadá výlučně do soukromé sféry. Cíl a účel tohoto použití se totiž v takovýchto případech nedotýká výlučně soukromé sféry, nýbrž se týká určitého aspektu účasti na soužití ve společnosti: zpracování bude v mnoha případech v konečném důsledku sloužit tomu, že vůči osobám, které na pozemek neoprávněně vnikly, bude podáno oznámení příslušným orgánům nebo že o jejich jednání budou shromážděny důkazy, které by mohly být použity v případném řízení před orgány či soudy. Zpracování údajů tedy slouží jednáním v rámci sociální interakce vlastníka pozemku, a tedy účelu, který jde nad rámec čistě soukromé sféry.
- 16 Kromě účelu zpracování může ale i druhý prvek, totiž rozsah dopadů zpracování údajů na práva subjektů údajů, hovořit proti subsumpci pod uvedenou výjimku: kamerový systém, který slouží ochraně soukromého domu, v každém případě zabírá (také) nezúčastněné třetí osoby, pokud je zaměřen na ulici. S tím spojené dopady na soukromou sféru nic netušících kolemjdoucích nelze považovat za zanedbatelné. Ve svém rozsahu jde s tím spojené narušení práv subjektů údajů

v každém případě podstatně nad rámec rozsahu, který by byl spojen s kategoriemi zpracování, které jsou uvedeny v příslušném dvanáctém bodu odůvodnění směrnice 95/46 („korespondence nebo vedení adresáře“) jako příklady použití čl. 3 odst. 2 druhého pododstavce.

- 17 Fyzická osoba, která používá technické nástroje, jež se zaměřují na jednání jiných osob, která se uskutečňují mimo osobní sféru této fyzické osoby (například kolemjdoucí před domem), opouští tímto užíváním čistě osobní kontext a dotýká se tím oblasti sociální interakce s třetími osobami.
- 18 Z výše uvedeného vyplývá, že provozování kamerového systému umístěného na rodinném domě za účelem ochrany majetku, zdraví a života majitelů domu, zejména tehdy, pokud takovýto systém zabírá i veřejné prostranství, nespadá pod zpracování osobních údajů „prováděné fyzickou osobou pro výkon výlučně osobních či domácích činností“ ve smyslu čl. 3 odst. 2 směrnice 95/46.

### III. Návrh odpovědi na předběžnou otázku

- 19 Rakouská republika proto na předběžnou otázku Nejvyššího správního soudu navrhuje následující odpověď:

Provozování kamerového systému umístěného na rodinném domě za účelem ochrany majetku, zdraví a života majitelů domu, který zabírá i veřejné prostranství, nespadá pod zpracování osobních údajů „prováděné fyzickou osobou pro výkon výlučně osobních či domácích činností“ ve smyslu čl. 3 odst. 2 směrnice 95/46.

Ve Vídni, dne 2. srpna 2013

Za Rakouskou republiku

Dr. Albert Posch